



Blauer Freitag

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION BRANDENBURG

INHALT

In Zahlen gegossene Politik

Der normale Brandenburger kommt im Haushalt der Landesregierung nicht vor, die AfD-Fraktion will das ändern.
Seite 2–4

Migration gegen Brandenburg

Weißrussland setzt im Konflikt mit der EU die Migrationswaffe ein, die Landesregierung schaut zu.
Seite 6

Geht Brandenburg voran?

Abgeordnete sollen endlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, Brandenburg könnte den Anfang machen.
Seite 11

Keine Rundfunkbeitragspflicht

Auch die Brandenburger werden gegen ihren Willen mit Zwangsbeiträgen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegängelt.
Seite 12

Am falschen Ort

Der Klimaextremismus der Landesregierung führt dazu, dass mitten im Wasserschutzgebiet eine Industrieanlage entsteht.
Seite 14

Ratlose Landesregierung

Trotz aller Zäune ist die Afrikanische Schweinepest in Brandenburg angekommen, den Schaden haben die Landwirte.
Seite 16



STAATSVERSAGEN UND IMPFPFLICHT

Seit fast zwei Jahren kämpft die Landesregierung gegen das Corona-Virus – und hat dabei auf ganzer Linie versagt. Die Wirtschaft ist geschwächt, die Gesellschaft ist gespalten und bei den Brandenburgern wächst die Unsicherheit. Die Bürger fühlen sich im Stich gelassen, weil ihnen wiederholt Versprechungen gemacht worden waren, die sich als haltlos erwiesen. Die Landesregierung verschleiern ihr eigenes Versagen, indem sie die Schuld auf die Bürger abwälzt und die Ungeimpften unter ihnen als

Sündenböcke an den Pranger stellt und schikaniert. Die Impfpflicht, ob indirekt oder direkt, soll es richten, obwohl die vorhandenen Impfstoffe weder die Weitergabe des Virus noch die Erkrankung an Covid-19 verhindern. Die Landesregierung hat offensichtlich den Überblick verloren und sucht ihr Heil in der Symbolpolitik. Sie spielt dabei mit der Gesundheit der ihr anvertrauten Bürger und verwechselt Gehorsam mit Vertrauen, das sie längst verspielt hat.
Seite 7–9



Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein:
www.afd-fraktion-brandenburg.de/newsletter



IN ZAHLEN GEGOSSENE POLITIK – DER NORMALE BRANDENBURGER KOMMT IM HAUSHALT DER LANDESREGIERUNG NICHT VOR

Während unser Land von einem Lockdown in den anderen getrieben wird, während sowohl unsere Wirtschaft als auch unsere sozialen Kontakte massiv beschränkt werden und immer mehr Menschen in eine unsichere Zukunft blicken, sollte man erwarten, dass die Politik die Verantwortung dafür übernimmt und die Prioritäten des Landeshaushalts der außergewöhnlichen Lage anpasst. Aber weit gefehlt!

Mit 14,7 Milliarden Euro gibt die Landesregierung allen Bedenken des Landesrechnungshofes zum Trotz im kommenden Jahr etwa eine Milliarde Euro mehr aus, als sie tatsächlich an Steuern und sonstigen Mitteln einnimmt. Trotz günstiger Steuerschätzungen werden weitere dreistellige Millionenkredite aufgenommen. Dabei resultieren die erwarteten Steuermehreinnahmen aus dem stark gestiegenen Preisniveau – die Inflation lag im Dezember 2022 bei fünf Prozent – und werden sich durch den Preisanstieg deutlich relativieren. Hinzu kommt, dass der örtliche Einzelhandel, die Gastronomie sowie die Hotels durch die 2G-Regelungen starke Umsatzeinbußen erleiden. Gerade einmal 64 Prozent der für 2022 geplanten Ausgaben sind durch eigene Einnahmen gedeckt. Die Gesamtverschuldung wird von 18 Milliarden Euro im Jahr 2018 auf fast 24 Milliarden steigen. Und nebenbei wird die jetzige Landesregierung innerhalb von drei Jahren fast vollständig die über viele Jahre angesparten Rücklagen von zwei Milliarden Euro ausgegeben haben. Aber dem Haushalt fehlt nicht nur die Solidität. Er macht deutlich, was der Regierung etwas wert ist – und was nicht.

Brandenburg ist weit mehr als der Speckgürtel um Berlin, aber die ländlichen Regionen werden in den Kernbereichen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Sicherheit stark vernachlässigt. Die Investitionen in Straßen und Brücken reichen kaum aus, um den derzeitigen – schlechten! – Zustand zu erhalten; an die dringend gebotene Verbesserung ist nicht zu denken. Auch ein flächendeckendes und leistungsfähiges Internet bleibt weiterhin den Ballungszentren vorbehalten.

Ein anderes Beispiel: Die Regierung setzt 68,7 Millionen Euro für ein Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ ein, das Lernangebote für förderbedürftige Schüler an das Ende eines langen Schultages und außerhalb der Schule verlegt und damit ihren Zweck verfehlen lässt und das andererseits weder eine beitragsfreie Mitgliedschaft in Vereinen des Kinder- und Jugendsports noch die dringend gebotene Einstellung zusätzlicher Schulpsychologen ermöglicht.

Dagegen bleibt es im Etat des Ministerpräsidenten auch 2022 dabei, dass die Hälfte der verfügbaren Mittel für nicht näher beschriebene Projekte innerhalb der Aktion „Tolerantes Brandenburg“ und damit für ein linksextremistisches Milieu ausgegeben wird, das von Steuergeldern lebt und von dem der ganz normale Bürger rein gar nichts hat.

Für ihren aufgeblähten Haushalt bricht die Landesregierung ihr Wahlversprechen und verschiebt die für 2022 geplante Beitragsfreiheit für das vorletzte Kita-Jahr auf später, um so 43 Millionen Euro einzusparen, während sie zugleich den drittreichsten Mann der Welt mit Millionenbei-

trägen beim Bau seiner Tesla-Fabrik unterstützt. Die SPD-geführte Regierungskoalition verkommt immer mehr zu einem willigen Vertreter der Interessen des Großkapitals..

Mit 93 Änderungsanträgen hat sich die AfD-Fraktion gegen die Pläne der Landesregierung gestemmt. Wir orientieren uns dabei an unserem Wahlprogramm. So wollen wir den Katastrophenschutz ebenso stärken wie unsere Polizei und Feuerwehr. Wir wollen mehr Lehrer einstellen, Investitionen in Forschungseinrichtungen fördern und natürlich das vorletzte Kita-Jahr beitragsfrei stellen. Zur Refinanzierung unserer Vorschläge fordern wir den Abbau unnötiger Bürokratie sowie die Streichung der ideologisch motivierten Förderung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen „Kampf gegen rechts“, Gender sowie Vielfalt und Migration. Hier können sehr viele Millionen Euro eingespart werden!

Unser grundsätzliches finanzpolitisches Ziel bleibt der Abbau der Landesverschuldung auf ein erträgliches Maß, um so der ungünstigen demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen und nachfolgende Generationen zu entlasten.

*Marianne Spring-Räumschüssel,
Vorsitzende des Haushaltsausschusses
Andreas Galau,
Finanzpolitischer Sprecher*

EINIGE ÄNDERUNGSANTRÄGE IM ÜBERBLICK

FLÜCHTLINGSBERATUNG STREICHEN

Drs. 7/4982 – Die Kosten für die sogenannte Flüchtlingsberatung sind zu streichen, da diese nicht notwendig ist. Wie jeder Bürger sollten sich auch betroffene Ausländer im Bedarfsfalle an das für sie zuständige Amtsgericht wenden, um einen Beratungshilfeschein zu beantragen, um Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt zu erhalten.

EINSPARUNG: 690.300 EURO!

POLIZEIBEAUFTRAGTER – KEIN BEDARF

Drs. 7/4670 – Mit der Einführung eines „Polizeibeauftragten des Landes Brandenburg“ soll eine gesonderte Beschwerdestelle für (vermeintlich) rechtswidriges Handeln von Polizeibeamten geschaffen werden. Dafür gibt es jedoch keinen Bedarf, da in unserem Rechtsstaat jede hoheitliche Maßnahme der Polizei gerichtlich vollständig überprüfbar ist.

EINSPARUNG: 344.700 EURO!

TOURISMUS STÄRKEN

Drs. 7/4681 – Die Corona-Maßnahmen der Landesregierung haben den Tourismus in Brandenburg empfindlich geschwächt. Zur Stärkung der Tourismuswirtschaft sollen die zwölf Regionen jährlich 100.000 Euro erhalten.

INVESTITION: 1.200.000 EURO!

REGIONAL FÖRDERN

Drs. 7/4676 – Die großen Handelsketten sind so marktmächtig geworden, dass sie den Erzeugern gegenüber die Preise bestimmen können. Durch Beratungsleistungen für Mitglieder regionaler Wertschöpfungsketten soll die Position der regionalen Erzeuger in Brandenburg gegenüber den Marktpartnern gestärkt werden.

INVESTITION: 250.000 EURO!

DENKMALE ERHALTEN

Drs. 7/4696 – Für Projektförderungen von Vereinen, Bürgerinitiativen und anderen freien Trägern zur Erhaltung von Denkmälern ist kein Landeszuschuss vorgesehen. Die Initiative der Bürger ist für den Erhalt der Denkmäler unverzichtbar und sollte daher deutlich gefördert werden.

INVESTITION: 100.000 EURO!

MEHR SOZIALRICHTER

Drs. 7/4677 – Die Personalbedarfssituation an den Sozialgerichten in Brandenburg ist nicht zuletzt durch die hohe Zahl von Hartz-IV-Verfahren erheblich gestiegen. Trotz der nicht zufriedenstellenden Personalsituation ist kein ausreichender Stellenaufwuchs zu verzeichnen. Wir wollen mindestens zwölf weitere Richterstellen schaffen.

INVESTITION: 760.000 EURO!

„TOLERANTES BRANDENBURG“ STREICHEN

Drs. 7/4695 – Das Landesprogramm „Tolerantes Brandenburg“ ist zu streichen. Eine Fortführung in der jetzigen Fassung ist weder gesellschaftlich geboten noch gegenüber dem Steuerzahler zu rechtfertigen. Für das gesamte Netzwerk – bestehend aus Koordinierungsstelle, den Akteuren des „Beratungsnetzwerks“ sowie den „Kooperationspartnern“ – existiert keine Fach- und/oder Rechtsaufsicht; missbräuchlicher Einsatz der Mittel und Förderung des Linksextremismus sind die Folge.

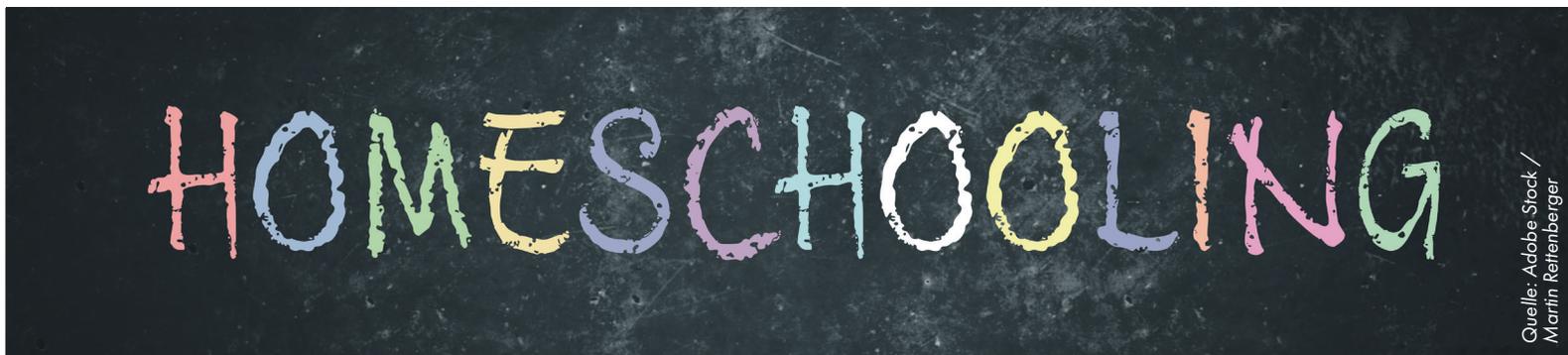
EINSPARUNG: 3.164.700 EURO!

LANDÄRZTEFÖRDERUNG

Drs. 7/4693 – In keinem deutschen Bundesland kommen mehr Patienten auf einen Arzt als in Brandenburg. Der Bundesschnitt liegt bei 680, in Brandenburg sind es jedoch 53 mehr, also 733 Patienten auf einen Arzt. Aufgrund der großen Problematik der fehlenden Landärzte dürfen Minderausgaben für Stipendienvergaben für Landärzte nicht eingespart werden, sondern müssen für die Landärzteförderung eingesetzt werden.

INVESTITION: 1.013.900 EURO!





„NICHTS IST WICHTIGER ALS OFFENE SCHULEN UND EIN KONZEPT ZUM AUFHOLEN!“

Anderthalb Jahre kopflose Corona-Politik haben unserem Schulsystem, unseren Lehrern und Familien stark zugesetzt. Wechselunterricht, Schulschließungen, Maskenpflicht oder Zwangstestungen – all diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass Lerninhalte nicht vermittelt wurden, Eltern zwischen ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern, ihrem Beruf oder ihrer Familie abwägen mussten und belastet wurden oder dass Freundschaften auf dem Schulhof nicht geschlossen werden konnten.

Nach anderthalb Jahren und zahllosen Versprechen, es in Zukunft besser zu machen, stehen wir wieder am Anfang. Die Präsenzpflcht an Schulen wurde aufgehoben. Die SPD-Fraktion will wieder in den Wechselunterricht. Was aber passiert mit den Kindern? Wie gehen wir mit psychischen Belastungen, Depressionen und Vereinsamung um, die durch diese Politik entstanden sind? Wie möchten wir unseren Schwächsten helfen, den Lernstoff nachzuholen, den sie verpasst haben? Wie erreichen wir, dass keine „Generation Corona“ entsteht?

Mit all diesen Fragen hat sich die AfD-Fraktion seit über einem Jahr beschäftigt und immer wieder Ideen, Anträge und Konzepte in den Landtag eingebracht. Denn nicht nur, dass das rund 68 Millionen Euro schwere Aufholprogramm des Landes und des Bundes konzeptionelle Fehler aufweist und falsche Anreize setzt – nein, durch die neuesten Entscheidungen des Bildungsministeriums, die Schulen wieder in den Ausnahmezustand zu schicken, wird deutlich, dass man das eigene Programm mit Pauken und Trompeten bewusst scheitern lässt.

Ja, die Zahl von 68 Millionen wirkt beeindruckend. Geld allein ist aber noch lange kein Garant für Qualität. In ihrer jetzigen Form werden die Maßnahmen weder den Kindern und Jugendlichen noch den Lehrern helfen. Was es jetzt braucht, sind passgenaue Maßnahmen, die die AfD-Fraktion in einem eigenen Programm

vorgelegt hat (Drs. 7/4530). Das Kernstück dieses Programms bilden vor allem die folgenden Punkte, die wir allein mit den 30 Millionen Euro aus Landesmitteln finanzieren könnten, ohne die 38 Millionen Euro Steuergeld des Bundes zu gebrauchen:

Wir brauchen mehr Schulpsychologen!

Seit Jahrzehnten betreut ein Schulpsychologe im Land Brandenburg sage und schreibe 10000 Schüler. Fest steht: Durch die Corona-Maßnahmen benötigen immer mehr Kinder und Jugendliche professionelle Hilfe, die ihnen aber bislang verwehrt wird. Wir wollen daher die Anzahl der Schulpsychologen verdoppeln, damit die Unterstützung bei denen ankommt, die sie brauchen.

Wir müssen Bewegung fördern und Eltern entlasten!

Die Sportvereine im Land Brandenburg kämpfen seit Monaten mit sinkenden Mitgliederzahlen, der Bewegungsmangel bei Kindern hat bereits gravierende gesundheitliche Konsequenzen. Gleichzeitig wurden die Familien durch die Corona-Maßnahmen finanziell schwer belastet. Wir fordern daher, die Vereins- und Mitgliedsbeiträge im Kinder- und Jugendsport für ein Jahr lang komplett zu übernehmen.

Wir brauchen mehr Deutsch und Mathematik an den Grundschulen!

Ohne richtiges Lesen, Schreiben und Rechnen ist Unterricht und Lernen nicht denkbar. Deshalb muss mindestens für das kommende Schuljahr die Stundenkontingenztafel an den

Grundschulen zugunsten der beiden Hauptfächer umstrukturiert werden.

Wir brauchen grundständig ausgebildete Lehrer!

Durch die monatelangen Schulschließungen konnten grundlegende Kulturtechniken nicht oder nur eingeschränkt vermittelt werden. Immer weniger Kinder können altersangemessen lesen, schreiben und rechnen. Doch: „Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!“ Die Zeit drängt. Es müssen endlich alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um hochqualifizierte Grund- und Förderschullehrer dauerhaft an unsere Schulen zu bringen, statt notwendiges Personal befristet einzustellen. Nur so können die Zukunfts- und Bildungschancen der nachwachsenden Generation gesichert werden.

Wir müssen unsere Lehrer entlasten!

Nicht erst seit Corona werden unsere Schulen mit einer anwachsenden Flut von bürokratischen Aufgaben regelrecht überschüttet. Nur noch ein Drittel der Arbeitszeit wird deswegen überhaupt mit der eigentlichen Kernaufgabe, dem Unterrichten, zugebracht. Aber Lehrer sind Lehrer und keine Sachbearbeiter. Deshalb braucht es endlich schulische Verwaltungsfachkräfte, die das Lehrpersonal von dieser Mehrarbeit befreien. Nur so werden sich unsere Lehrer wieder voll und ganz auf die Kinder konzentrieren zu können.

Dennis Hohloch, Bildungspolitischer Sprecher

DDR-PARTEIVERMÖGEN VERSICKERT

Brandenburg kann aktuell über rund 38 Millionen Euro aus der Verteilung der Mittel der Parteien- und Massenorganisationen der ehemaligen DDR („PMO-Mittel“) verfügen. Laut Definition sollen damit besonders dringend notwendige wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Projekte gefördert werden. Was tut die Landesregierung mit dem Geld?

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 8. Oktober 2020 wurden davon 8,1 Millionen Euro für die Finanzierung der bauleitplanerischen Ausgleichsmaßnahmen für die Tesla-Ansiedlung zur Verfügung gestellt. (Drs. 7/3914) Die Antwort auf meine mündliche Anfrage (Nr. 335) an die Landesregierung nach den Hintergründen fällt ziemlich nüchtern aus: „Wir haben uns in der Landesregierung daher darauf verständigt, einen Teil der Mittel aus dem PMO-Vermögen

für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der Tesla-Ansiedlung zu verwenden. Dieses sehr zweckmäßige Vorgehen fand Eingang in einen Kabinettsbeschluss vom 8. September 2020.“

Was an der Förderung von ausländischen, kapitalstarken Investoren „zweckmäßig“ sein soll, erschließt sich dem unvoreingenommenen Betrachter und der AfD-Fraktion nicht: Braucht Elon Musk, dessen Unternehmen seinen Gewinn zwischen April und Juli 2021 auf 1,1 Milliarden Dollar verzehnfachen konnte, diese Förderung? Hinzu kommt, dass Tesla Millionen Euro, in dreistelliger Größenordnung, aus anderen Fördertöpfen erhält (z. B. für die Batterieforschung).

Die Förderpolitik Brandenburgs steht immer wieder in der Kritik. Ende September 2021 sorgte die Schließung des Rotorblatherstellers

für Windkraftanlagen Vestas für Aufregung. Rund 500 Mitarbeiter verlieren nun ihren Arbeitsplatz in der Lausitz. Auch hier bleibt eine Frage offen. Wieso schließt das mit 20 Millionen Euro geförderte Werk den Standort nach knapp 20 Jahren „zufällig“, nachdem die Kreditmittelbindenfrist ausgelaufen ist?

Was bleibt, ist die Forderung nach einer neuen, transparenten Wirtschaftsförderungspolitik, die die Interessen der Bürger berücksichtigt. Die indirekte Subventionierung von energiepolitischen Experimenten ist zu beenden. (Drs. 7/4488) Die Entwicklung der ländlichen Regionen Brandenburgs muss Vorrang haben.

Steffen John, Wirtschaftspolitischer Sprecher

RECHTSSTAATLICHKEIT IN CORONA-ZEITEN



Im Mai 2020 meldete ich eine Versammlung unter freiem Himmel an. Mit Verweis auf die von der Landesregierung angeordneten Corona-Maßnahmen wurde die Versammlung seitens der Behörden untersagt. Meine daraufhin eingereichte Klage beim Verwaltungsgericht Cottbus war erfolgreich. Mit einem richterlichen Beschluss durfte die Versammlung unter Auflagen durchgeführt werden.

Trotzdem warf mir Innenminister Michael Stübgen (CDU) in der Plenarsitzung vom 13. Mai und im Innenausschuss vor, ich hätte die Demonstration illegal abgehalten und somit den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen: „Sie haben illegal demonstriert.“ Einen Tag später musste der Innenminister zugeben, dass er den Sachverhalt

verkürzt dargestellt hatte: „Ich habe nicht mitgeteilt, dass das vom Gericht zunächst genehmigt worden ist – unter klaren Auflagen – und Sie dann die Demonstration durchgeführt haben.“ Mittlerweile steht der Innenminister selbst im Verdacht, den Pfad der Rechtsstaatlichkeit verlassen zu haben.

Im Corona-Untersuchungsausschuss, der durch die AfD-Fraktion initiiert worden war, konnten wir erfahren, dass meine Klage Einfluss auf die weitere Gestaltung der Eindämmungsverordnungen in Bezug auf die Versammlungsfreiheit im Land Brandenburg hatte. Schon damals war erkennbar, dass die Regierung des Landes Brandenburg offensichtlich vom Weg der Rechtsstaatlichkeit abgekommen ist. Das bestätigte spä-

ter ein Gutachter in der 12. Sitzung des Corona-Untersuchungsausschusses. Er ist der Ansicht, dass die Nichtbeteiligung des Landtages beim Erlass der Corona-Eindämmungsverordnungen schon im Sommer 2020 nicht mit dem Artikel 80 der Landesverfassung und dem Grundgesetz vereinbar war, also gegen Landesverfassung und Grundgesetz verstieß. Nun stellt sich die Frage: Wer hat hier illegal gehandelt und den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen? Die Regierungskoalition muss sich den Vorwurf gefallen lassen, zumindest mit zweierlei Maß zu messen.

Lars Schieske, stellv. Mitglied im Untersuchungsausschuss Corona



MIGRATIONSWAFFE GEGEN BRANDENBURG

„Durchgehende Grenzkontrollen durchführen,
illegale Migration konsequent bekämpfen“

Quelle: Adobe Stock / DarwelShots

Die unhaltbaren Zustände an der deutsch-polnischen Grenze werden unser Land noch lange in Atem halten. Seit dem Sommer letzten Jahres sind in Brandenburg mehrere Tausend sogenannter Flüchtlinge beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen worden. Diese Zustände sind nicht zuletzt das Ergebnis einer hochnäsigen und arroganten Politik der EU, die den souveränen Staaten Europas den Stempel ihrer moralischen Gesinnung aufdrücken möchte und den Zerfall von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft dabei billigend in Kauf nimmt. Diese Umerziehungspolitik des nicht einmal durch gleiche Wahlen legitimierten Politkonstrukts EU kann jederzeit an jedem Ort die Sicherheit und den sozialen Frieden eines jeden Landes aus den Angeln heben. Von der aktuellen Fehde zwischen der EU, Polen und Weißrussland ist nun direkt auch das Land Brandenburg betroffen. Doch anstatt klare Signale für die Einhaltung von Recht und Ordnung zu senden, werden die Illegalen von der Potsdamer Landesregierung mit offenen Armen empfangen und in die Unterkünfte der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) verbracht.

Während unsere polnischen Nachbarn sogar ein sinnvolles Gesetz verabschiedet haben, welches jedem illegal eingereisten Migranten die Stellung eines Asylantrages verweigert, wird in Deutschland der Bruch verschiedenster Gesetze billigend in Kauf genommen, um nicht zuletzt den inländischen Gesellschaftszerstörern, welche sich verharmlosend als „Bündnisse oder Aktivisten der Zivilgesellschaft“ bezeichnen, ihr schändliches Werk unter dem Deckmantel der Humanität zu ermöglichen. Deren Werk erweitert die weltweit

beispiellosen Anreize einer Rundumversorgung, die sogenannte Flüchtlinge erst auf die Idee bringt, den beschwerlichen Weg nach Deutschland auf sich zu nehmen.

Dass es sich bei denen, die sich über Weißrussland nach Deutschland begeben wollen, nicht durchgehend um Flüchtlinge handeln kann, zeigt



Quelle: Adobe Stock /studio v-zwoelf

der Bericht „Kein Vor und kein Zurück“ (taz.de vom 15. Oktober 2021). Darin erklärt ein Iraner, dass er von Freunden auf die Möglichkeit der Reise über Weißrussland informiert wurde und für 1.300 Euro mit dem Flugzeug über die Türkei nach Minsk und dann per Taxi an die weißrussisch-polnische Grenze kam. Mit Sicherheit ist das kein Einzelfall.

Ob EU und Lukaschenko oder Stiftungen, Vereine und Bündnisse der Migrationsagenda – sie

alle bedienen sich der hilfsbedürftigen und armen Menschen auf der ganzen Welt als Druckmittel und Waffe, um ihre schändlichen Pläne der Transformation durchzusetzen. Die Bürger in Brandenburg erwarten insbesondere in den Grenzregionen einen sicheren Schutz vor der Masseneinwanderung, weil sie die bekannten Begleiterscheinungen fürchten, mit denen sie in aller Regel allein gelassen werden.

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg ist auf die Beschwichtigungen des Innenministers Michael Stübgen nicht hereingefallen und hat angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Lage eine Sondersitzung des Landtages beantragt. Dafür musste sie sich von den Systemparteien vorwerfen lassen, das Parlament zu missbrauchen. Auf solch eine Idee kann nur kommen, wem die Interessen der Brandenburger so gleichgültig sind, dass er sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen möchte. Unser Entschließungsantrag „Durchgehende Grenzkontrollen durchführen, illegale Migration konsequent bekämpfen“ (Drs. 7/4420) wurde von den restlichen Fraktionen abgelehnt. Anstatt die Grenzen zu sichern, verteilen sie die sogenannten Flüchtlinge lieber über das ganze Land. Dass sich eine konsequente Grenzsicherung, wie es uns Polen vormacht, auszahlt, zeigt auch die Bereitschaft des Irak, der Hunderte „Flüchtlinge“ in sein Land zurückholt. Die AfD-Fraktion wird der illegalen Migration sowie dem Rechtsbruch weiterhin den Kampf ansagen, um den Fortbestand unserer Kultur und unserer Gesellschaft im Sinne unserer Bürger sicherzustellen.

Volker Nothing, Migrationspolitischer Sprecher

2G UND 3G BEDEUTEN UNFREIHEIT UND IMPFZWANG

Was vor einem Jahr noch eine „Verschwörungstheorie“ war, ist bittere Realität geworden. 2G und 3G dienen nicht dem Gesundheitsschutz, sie dienen dazu, die Bürger mit massivem Druck zu willigen Untertanen zu erziehen. Die Behauptung, dass Geimpfte nicht zum Infektionsgeschehen beitragen, ist durch die zahllosen „Impfdurchbrüche“ widerlegt. Die Inzidenzen sind höher als vor einem Jahr. Wenn das Virus nur noch unter den 25 Prozent Ungeimpften zirkulieren würde, wäre die Situation eine andere. Über 40 Prozent aller Erkrankungen und über 25 Prozent der Intensivfälle betreffen Geimpfte. Deshalb ist es unredlich, von einer „Pandemie der Ungeimpften“ zu sprechen. Da durch Tests die Virusweitergabe besser unterbunden wird als durch die Impfung, erachtet die AfD-Fraktion 2G-Regelungen als nicht angemessen und damit als verfassungswidrig (vgl. Drs. 7/4487, 7/4575, 7/4574).

Da gesunde Menschen ohnehin ein sehr geringes Risiko für einen schweren Verlauf haben, ist eine spürbare Impfwirkung im Sinne einer Entlastung des Gesundheitssystems allenfalls bei vulnerablen Gruppen anzunehmen. Angesichts der desaströsen Gesundheitspolitik den Ungeimpften etwaige Überlastungen der Krankenhäuser in die Schuhe schieben zu wollen, ist mehr als dreist. Allein, dass während der Pandemie deutschlandweit sogar Krankenhausbetten abgebaut wurden, ist ein Armutszeugnis.

Das erste Versprechen – keine Impfpflicht – wurde durch die Normativität des Faktischen der 2G- oder 3G-Regel gebrochen. Denn es ist keine ernsthafte Alternative, den Ausschluss aus der Öffentlichkeit hinzunehmen. Dies gilt vor allem für ländliche Räume, wo die 3G-Regelung im ÖPNV sogar bedeuten kann, von Lebensmittelläden abgeschnitten zu sein. Wenn die Alternative darin besteht, einen Teil des Seins, nämlich die Existenz als soziales Wesen, aufzugeben, dann ist die Impfentscheidung nicht mehr „frei“, sondern das medizinische Äquivalent zu den „freien“ Wahlen in der DDR.

Die 2G-Regelungen sind ein menschenverachtendes Mittel der Spaltung und der Ausgrenzung. Mit der angedachten 2G-Plus-Regel wird zudem das zweite zentrale Versprechen gebrochen: die Rückgabe der Freiheit an Geimpfte. Die Impfquote der Gesamtbevölkerung liegt bei über 70 Prozent und es gibt genug Schutz-ausrüstung. Es ist der Zeitpunkt gekommen, langsam zur Normalität zurückzukehren. Das Virus wird endemisch und es gibt lediglich die Wahl zwischen einer Infektion mit oder ohne Impfung.

Da für alle ein Impfangebot besteht, ist jeder selbst dafür verantwortlich, welches Risiko er trägt. Die Idee, dass der Einzelne für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung verantwortlich sein soll, ist absurd. Wer wäre zum Beispiel je auf die Idee gekommen, Rauchern die Behand-

lung zu verwehren, nur weil dies ungesund ist? Beim Thema „Corona“ war derartiges schon häufig zu vernehmen. Diese Denkweise schafft gefährliche Präzedenzfälle, die dem Ausbau einer exekutiven Verordnungsmacht dienen.

Außerdem dürften die Pläne für eine Impfpflicht für manche Berufsgruppen der Fachkräftesituation im Pflegebereich einen Bärendienst erweisen. Die Fachleute haben während der letzten Monate Großes geleistet und sind Experten beim Gesundheitsschutz der Patienten – ob geimpft oder ungeimpft. Da es mit großer Wahrscheinlichkeit auch im Gesundheitsbereich eine relevante Masse gibt, die eine Impfung ablehnt, steigt die Gefahr des sinnlosen Verlusts an wichtigen Arbeitskräften.

Das Establishment hat den Weg der Freiheit schon lange verlassen, gibt sich staatsvormund-schaftlichem Machtausbau hin und erhebt damit die Impfung zu einem politischen Symbol. Eine schlechtere Strategie ist kaum vorstellbar. Die AfD-Fraktion ist sowohl die letzte Chance auf Bewahrung unserer Art zu leben als auch die einzige Verteidigerin der Freiheitsrechte im Landtag Brandenburg.

*Sabine Barthel,
Gesundheitspolitische Sprecherin*



VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT IN DER CORONA-POLITIK

10 FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG

REDE IM PLENUM AM 17. NOVEMBER 2021

Quelle: Adobe Stock / alex.pin

1 ENDE DER PANIKMACHE

Seit März 2020 werden wir mit Angstmache überschüttet, und Angst macht krank. Begegnen wir der Angst mit Wissen: Es gibt eine beträchtliche natürliche Immunität gegen das Virus. Covid-19 ist zumeist und bei Kindern und Jugendlichen fast immer eine milde Erkrankung. Während der Corona-Pandemie verzeichnete Deutschland eine historisch niedrige Bettenauslastung. Es gibt keine Covid-19-bedingte Übersterblichkeit in Deutschland, und Personen, die Corona-positiv versterben, sind im Median älter als der Rest der Bevölkerung. Corona ist eine ernstzunehmende Erkrankung, aber weder die Pest noch die Spanische Grippe.

2 SOLIDE DATEN ERHEBEN

Wenn bis heute in offiziellen Verlautbarungen noch immer von Personen die Rede ist, die „mit oder an Corona verstorben sind“, und wenn die erneut dramatisierten „Fallzahlen“ zunehmend weniger mit einem Krankheitsgeschehen zu tun haben, beweist das: Deutschland und Brandenburg stecken bis heute in der Datenerhebungskatastrophe.

Für solide Aussagen zur Lage, zur Hospitalisierung und zu den Inzidenzen brauchen wir eine Covid-19-Diagnose anhand klinischer Symptome und einer bildgebenden Lungen-Diagnostik. PCR-Tests kommen, falls überhaupt, nur bei einheitlicher Methodik und mit wissenschaftlich definierten Ct-Werten infrage. Wir brauchen endlich repräsentative Erhebungen zur Infektion und zur Immunität und müssen das anlasslose Testen von Gesunden lassen, weil es massenhaft falsche Werte produziert. Darüber hinaus brauchen wir von Tag zu Tag dringender eine akribische Erfassung aller Impfnebenwirkungen.

3 RISIKOGRUPPENSCHUTZ

Die Covid-19-Risikogruppen sind seit März 2020 bekannt. Dennoch sind am Werbellinsee 16 „gut geimpfte“ Risikopersonen „an oder mit Covid“ verstorben.

Lassen wir die nutzlosen Einschränkungen für jedermann und kümmern wir uns endlich um die Risikogruppen. Was das heißt, haben wir bereits im Februar 2021 im Antrag „Strategiewechsel in der Coronapolitik – Effektiver Risikogruppenschutz anstatt Freiheits- und Grundrechtsentzug der Gesamtbevölkerung“ (Drs. 7/3022) beschrieben. Dazu

gehören neben der Bereitstellung von Schutz- und Hilfsmitteln in Pflegeheimen, aber auch in der ambulanten Krankenpflege, vor allem eine bessere Personalausstattung sowie die Corona-Prophylaxe und -Therapie.

4 AUSSTATTUNG VON KRANKENHÄUSERN UND PFLEGEHEIMEN VERBESSERN

In der vorgeblich schlimmsten Pandemie seit Menschengedenken („der größten Krise seit 1945“, so Ministerpräsident Woidke) wurden 5000 oder noch mehr ITS-Betten stillgelegt. Die personelle Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeheimen wurde trotz vorhandener Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm nicht verbessert.



Quelle: Adobe Stock / alex.pin

Zahlen wir den Beschäftigten in der Altenpflege und auf den Intensivstationen einen monatlichen Zuschlag von 500 Euro! Der kaum verhüllte Impfwang in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen muss gestoppt werden. Es sind schon mehr als genug Beschäftigte wegen der Impfnebenwirkungen ausgefallen, und viele Beschäftigte werden lieber die Arbeit aufgeben, als sich gegen ihre gut begründete Überzeugung impfen zu lassen.

5 CORONA-PROPHYLAXE

Angst macht krank, Wohlbefinden fördert die Gesundheit. Auch die Risikogruppen brauchen frische Luft, Kontakte und Kultur. Weil die Impfung nichts taugt, ist 2G ein Programm des inneren Unfriedens und ein Appell an die Untertanenmentalität und das Denunziantentum im Land. Angststörungen bei Kindern nehmen ebenso zu wie die Fettleibigkeit. Das RKI verzeichnete im Herbst 2021 eine Verdopplung der Notaufnahmen aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und neurologischen Problemen. Und seit Juni 2021 sehen wir eine eklatante Übersterblichkeit von bis zu zehn Prozent in allen Altersgruppen – was nicht mit Covid-19 erklärbar ist. Die beste Corona-Prophylaxe ist die Abkehr vom Corona-Diktat. Schluss mit Einschränkungen für Gesunde, die den Kranken und den Risikogruppen nicht helfen! Schluss mit 2G/3G – und der irrsinnigen Maskenpflicht allüberall. Es bringt nichts! Eine praktische Corona-Prophylaxe wären ein Programm für gute Ernährung in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kantinen sowie eine umfassende Förderung von Sportvereinen einschließlich der Übernahme von Mitgliedsbeiträgen.

6 ABKEHR VON DER IMPFRELIION

Die Impfung erfüllt die Erwartungen nicht. Geimpfte können sich anstecken und die Corona-Infektion weitergeben. Zunehmend liegen Geimpfte auf den Intensivstationen. Wir erleben keine „Pandemie der Ungeimpften“, sondern eine „Pandemie der Dilettanten“. Viele kennen Menschen, die unter Impfnebenwirkungen zu leiden hatten oder haben. Dass die Impfung mit dem Entzug von Grundrechten, mit Überrumpelung und Bratwurst an den Mann gebracht wird, macht ebenso misstrauisch wie die Geheimhaltung der Verträge mit den Herstellern, die schamlos Gewinne einsammeln und von jeglicher Haftung freigestellt wurden.

Stellen wir Chancen und Risiken der Impfung ausgewogen dar, sorgen wir dafür, dass alle Impfnebenwirkungen erfasst werden und bei Verdacht auf Impfschäden gegebenenfalls auch obduziert wird. Hören wir auf, zu Booster-Impfungen aufzurufen, die gegen den verdrängten Wuhan-Typ des Virus entwickelt wurden. Prüfen wir vor jeder Impfung den Antikörperstatus. Eine natürlich erworbene Immunität ist weit besser als die nach den derzeit „angebotenen“ Impfungen.

7 EVIDENZBASIERTE CORONA-THERAPIEN FÖRDERN

Es gibt keine medizinische Begründung für die monomanische Ausrichtung der Corona-Politik auf eine gentechnische Impfung, wie sie auch bei der Brandenburger Landesregierung zu beobachten ist. Es gibt hinreichend Beweise für die Wirksamkeit beispielsweise von Nasensprays, von Gurgeln und Antikörpertherapien.

Es ist die Aufgabe der Gesundheitsministerien im Bund und hier in Brandenburg, umfassende Daten über therapeutische Möglichkeiten bei Covid-19 zu sammeln, zu verbreiten und darüber hinaus klinische Studien hierzu zu fördern. Auch zum Moerser Modell und der wichtigen Frage möglicher iatrogenen Schädigungen von Covid-Patienten.

8 AUFHOL- UND REPARATURPROGRAMME

Die Corona-Maßnahmen haben schwerer wiegende und schlimmere Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche als das Coronavirus. Die Aktionsprogramme des Bundes und des Landes Brandenburg zur Überwindung von Lernrückständen und psychosomatischen Belastungsstörungen sind unzureichend. Im Bund wie im Land Brandenburg brauchen wir bessere als die vorhandenen Programme, um die durch die Corona-Maßnahmen bewirkten Schäden so weit wie möglich zu beheben.



Quelle: Adobe Stock / Kai

9 REGIERUNGSVERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

Die Landesregierung versucht, die Verantwortung für ihre Corona-Maßnahmen auf einzelne Experten, das RKI und die Ministerpräsidentenkonferenz zu delegieren. So zum Beispiel Ministerin Ernst, die Schulschließungen mit „handlungsleitenden“ Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz begründete. Aber laut Verfassung des Landes Brandenburg bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik und leitet jeder Minister innerhalb dieser Richtlinien selbstständig den ihm anvertrauten Bereich. Ministerpräsident und Minister sind dem Landtag gegenüber verantwortlich.

Die Ministerpräsidentenkonferenz kommt in der Verfassung nicht vor. Wenn sich die Regierung auf die Ministerpräsidentenkonferenz beruft, flieht sie vor der Verantwortung und verstößt gegen die Landesverfassung. Wer sich vor der Verantwortung scheut, sollte zurücktreten. Zur Regierungsverantwortung gehört es auch, lesbare und nachvollziehbare (auch was Anzahl und Zeit betrifft) Verordnungen zu erlassen. Machen Sie die Menschen nicht durch eine Unzahl kaum lesbarer Verordnungen mürrisch!

10 AUFARBEITUNG DER PANDEMIE DURCH EINE UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNGSKOMMISSION

Seit April 2020 ist klar, dass die im März 2020 verbreiteten Corona-Maximalschadensprognosen unzutreffend sind. Wider alle Tatsachen halten die Regierungen im Bund und im Land samt ihren Parlamentsmehrheiten an der Behauptung fest, wir befänden uns in einer epidemischen Notlage, und schränken unsere Bürgerrechte in beispielloser Weise ein.

Warum dieses Beharren auf dem Falschen? Wie kann verhindert werden, dass sich jemals Ähnliches wiederholt? Wir brauchen eine unabhängige Untersuchungskommission zur Aufarbeitung aller Ungeheuerlichkeiten dieser Corona-Pandemie.

Dr. Hans-Christoph Berndt, Fraktionsvorsitzender

NEBELKERZEN GEGEN GEWALT

Im Antrag der Regierungskoalition zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in Brandenburg (Drs. 7/4494) steht korrekt, dass die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen seit 2013 um 150 Prozent zugenommen haben. Leider vergaß die grüne Landtagsabgeordnete Sahra Damus, die den Antrag im Plenum vorstellte, zu erwähnen, dass vor allem Mädchen und sehr junge Frauen besonders gefährdet sind, Opfer von sexuellen Übergriffen zu werden. Kein Wort darüber, dass bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei einem guten Drittel keine Beziehung zwischen Opfer und Täter bestand. In Brandenburg sind Asylzuwanderer in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bei diesen Delikten massiv überrepräsentiert. Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung etwa fünfmal so hoch, bei Vergewaltigung, Nötigung bzw. sexuellem Übergriff im besonders schweren Fall sogar sechsmal so hoch, wie es ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Das will Schwarz-Rot-Grün nicht hören – ist aber leider Realität.

Es gibt einen Zusammenhang mit der Zuwanderung aus patriarchalisch geprägten Kulturkreisen der letzten Jahre. Gruppenvergewaltigungen, Ehrenmorde, Kinderehen, Genitalverstümmelungen von Mädchen – alles importierte Probleme im Deutschland des Jahres 2022. Junge Mädchen und Frauen können nicht mehr rund um die Uhr allein ausgehen, feiern und sicher wieder nach Hause gehen. Laut der PKS sind Ausländer als Täter bei häuslicher Gewalt dreimal häufiger vertreten, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung



Quelle: Adobe Stock / Ermolaev Alexandr

entspricht. Nach Auskunft der dortigen Mitarbeiter haben bis zu 80 Prozent der Bewohnerinnen in Frauenhäusern einen Migrationshintergrund, insbesondere Fluchthintergrund. Diese unangenehme Wahrheit verleugnet die schwarz-rot-grüne Regierung in ihren Anträgen. Ein Problem löst man aber nicht, indem man die Augen ver-

schließt und an Symptomen herumdoktert. Ein Problem löst man, indem man die Ursachen bekämpft! Das heißt: Illegale Migration stoppen, konsequente Strafverfolgung, Frauen befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Wilko Möller, Sicherheitspolitischer Sprecher

NICHT NUR HOLZMANGEL IN BRANDENBURG

Das deutsche Handwerk kann sein Holz nicht mehr bezahlen, weil es zur Mangelware geworden ist. Das normale Marktgeschehen ist durch internationale Lieferverträge aus dem Ruder gelaufen, das Holz geht nach China und in die USA. Das *Handwerksblatt* schrieb bereits im April 2021 von „Holzkrisis und Materialknappheit: Eine katastrophale Situation“. Preissteigerungen von bis zu 100 Prozent und mehr machen für die Handwerker eine Kalkulation zur vertraglichen „Gratwanderung“. Das ist eine Entwicklung, die es in einem so walddreichen Land wie Brandenburg nicht geben dürfte.

Die Ursache: Durch die Auswirkungen der weltweiten „Corona-Pandemie“ sanken die Produktionsmengen. Handelskonflikte und fehlende Transportkapazitäten führten zu Lieferengpässen.

Der wieder sprunghaft gestiegene Bedarf an Rohstoffen führt nun zu Preisexplosionen.

Dass Weltmarktpreise für wertvolle Rohstoffe schwanken und auch Auswirkungen auf die Preisentwicklung einheimischer Rohstoffe haben, ist nichts Neues. Ein freier Markt existiert jedoch nicht mehr, da durch den „Green Deal“ der EU, die deutsche Energiewende und die Lieferkettengesetzgebung (Drs. 7/4205) der Rohstoffmangel und damit die Teuerung künstlich erzeugt werden.

Materialknappheit herrscht ebenfalls in der Metall- und der Kunststoffbranche, es fehlt zusätzlich an Chips und Halbleitern. Die Auswirkungen spürt auch die Brandenburger Wirtschaft. Denn nicht nur die Konsumenten von Fahrrädern, Elektronikgeräten und Computern, sondern

auch die zahlreichen kleineren Unternehmen der Handwerks- und Dienstleistungsbranchen leiden unter den Lieferengpässen. Laut DIHK-Konjunkturumfrage sind 42 Prozent der Unternehmen in der Industrie- und der Baubranche besonders betroffen.

Angeichts dieser Situation wird eine Forderung der AfD-Fraktion immer drängender: Wir brauchen die Umsetzung nationaler wirtschaftspolitischer Interessen und eine stabile Grundversorgung mit eigenen Rohstoffen und sicheren Energieressourcen. Der so wichtige Brandenburger Mittelstand braucht Schutz und Perspektiven.

Steffen John, Wirtschaftspolitischer Sprecher



ALTERSVERSORGUNG FÜR ABGEORDNETE REFORMIEREN

Quelle: Adobe Stock / simon

Die Schieflage des deutschen Rentensystems wird mit jedem Jahr dramatischer. Der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr, das Ungleichgewicht zwischen den Generationen, der Beitragszahlenden und der rentenbeziehenden, wird immer größer. Die sozialversicherungspflichtig arbeitende Generation erwartet, dass auch ihre Rente durch Beitragszahlungen der nachfolgenden Generationen gedeckt sein wird. Nun wissen wir aber alle, dass sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Gesellschaftspyramide in Deutschland deutlich geändert hat. Das demografische Ungleichgewicht sollte keinem mehr fremd sein.

2018 gab es bundesweit 55 Millionen Beitragszahler, denen auf der Passivseite, als Leistungsempfänger, 21 Millionen Rentner gegenüberstanden. 4,1 Millionen Menschen bezogen hiervon sogar mehrfache staatliche Renten, sodass 25 Millionen Rentenleistungsfälle existierten. Während das Verhältnis von Beitragszahlern zu Altersrentnern im Jahr 1962 noch bei 6 zu 1 lag, schrumpfte dieses Verhältnis seither auf nur noch 2 zu 1. Die Zahl der Leistungsfälle stieg seit dem Jahr 1990 um 60 Prozent – und dies bei einer etwa gleich großen Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig verschärfte eine längere Lebenserwartung die Situation zusätzlich: So hat sich die durchschnittliche Dauer der Rentenleistungszeit über die Jahrzehnte immer weiter erhöht. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von rund 70 Jahren in den 1960ern auf heute rund 80 Jahre an.

Demgegenüber hat sich das faktische Renteneintrittsalter seit den 1960er-Jahren lediglich von rund 60 auf 64 Jahre erhöht. Beides zusammen genommen führt zu einer Verlängerung der Rentenleistungsdauer von zehn Jahren im Jahr 1966 auf 20 Jahre im Jahr 2018. Und zur Absenkung des Rentenniveaus: In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion aus dem Sommer 2021 können wir lesen, dass die Bundesregierung offiziell ein Rentenniveau von 47,9 Prozent im Jahr 2030 prognostiziert. Sie



Quelle: Adobe Stock / Grischa Georgiew

unterwirft sich jedoch auch der Regelung, dass sie Stabilisierungsmaßnahmen vorschlagen muss, sollte der Wert bis zu diesem Zeitpunkt unter 43 Prozent sinken.

Das zugrunde liegende Problem sind die extrem niedrigen Geburtenraten, die in Deutschland seit Jahren herrschen. Bekommen wir nicht wieder mehr Kinder, wird es immer unmöglicher, die Generationengerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Wir als AfD-Fraktion sind deshalb davon

überzeugt, mit unserer familien- und kinderfördernden Ausrichtung sowohl in der Rentenpolitik als auch auf anderen Politikfeldern den einzigen Weg aufzuzeigen, der hier wirklich die Wurzel des Übels bekämpfen könnte. Daher ist es in erster Linie so wichtig, aktive Familienpolitik zu betreiben, damit gerade junge Menschen positiv und zuversichtlich auf das Familiensein und eine Familiengründung blicken können. Für eine entsprechende Familienpolitik setzt sich die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg bereits mit sehr vielen Initiativen politisch ein. (Drs. 7/2849)

Nun ist Rentenpolitik eine Angelegenheit des Bundes, sodass der Einfluss der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf diese Problematik vor allem die Abgeordneten selbst betrifft. Brandenburg könnte bei einem Thema Vorreiter sein, das immer wieder für Debatten sorgt: die Privilegierung der Abgeordneten bei der Altersversorgung. Hier ließe sich leicht eine Änderung herbeiführen, indem die Landtagsabgeordneten nicht mehr in das Versorgungswerk einzahlen, sondern genau wie die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung. Die AfD-Fraktion hat genau das in einem Antrag (Drs. 7/4489) gefordert, der von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde, sodass die Chance, Brandenburg könnte mit einer solchen Reform als gutes und erstes Beispiel bundesweit vorangehen, vertan wurde.

Birgit Bessin, Sozialpolitische Sprecherin

RUNDFUNKBEITRAGSPFLICHT ENDLICH ABSCHAFFEN

Allein seit 2019 sind insgesamt über 130 000 Zahlungserinnerungen, fast eine Million Festsetzungsbescheide und über 150 000 Mahnungen an Haushalte und Betriebe durch die Berliner und Brandenburger Landesrundfunkanstalt (RBB) ergangen, weil Bürger ihrer Rundfunkbeitragspflicht nicht nachgekommen sind. Die entsprechenden Beitragsforderungen beliefen sich dabei auf insgesamt über 103 Millionen Euro. Hierfür hat der RBB im selben Zeitraum insgesamt über 80 000 Vollstreckungsersuchen an die zuständigen Behörden gerichtet.

Dies geht aus der Antwort der Brandenburger Landesregierung auf meine Kleine Anfrage (Drs. 7/3637) hervor. Diese Zahlen belegen das, worauf die AfD-Fraktion bereits seit Jahren aufmerksam macht: Immer mehr Menschen in Brandenburg und ganz Deutschland können oder wollen sich den Rundfunkbeitrag nicht mehr leisten. Das zeigen auch die 221 Klagen und Eilanträge, die gegen den Rundfunkbeitrag erhoben wurden.

Vor dem Hintergrund der durch die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung hervorgerufenen extremen wirtschaftlichen Belastungen fragte ich die Brandenburger Landesregierung zudem, ob sie der Auffassung sei, dass die Erhöhung des Rundfunkbeitrages sinnvoll ist, und ob sie die Einschätzung teile, dass die Rundfunkbeiträge während der Corona-Pandemie ausgesetzt werden könnten, um die Bürger finanziell zu entlasten (Drs. 7/3813).

Wenig überraschend antwortete die Landesregierung: „Zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit“ und zur „Sicherung der Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ bedürfe es einer „bedarfsgerechten Finanzierung“, welche nur über den Rundfunkbeitrag sichergestellt werden könne. Die Landesregierung hält die Anhebung des Rundfunkbeitrages auch in Zeiten der Corona-Pandemie weiterhin für sachgerecht und sieht darin keine „unangemessene Belastung“ der Beitragszahler. „Ausnahmefälle, die eine Abweichung [...] rechtfertigen würden, liegen nicht vor.“ – Wenn nicht einmal eine der größ-



ten wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahrzehnte als Ausnahmefall gilt, was dann?

Des Weiteren teilt die Landesregierung hierzu mit: „Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (KEF) hat [...] einen ungedeckten Finanzbedarf von rund 1,5 Mrd. Euro festgestellt. Als Konsequenz hat sie die Notwendigkeit dargelegt, den monatlichen Rundfunkbeitrag [...] um 86 Cent auf 18,36 Euro zu erhöhen“. Ob dieser „ungedekter Finanzbedarf“ womöglich mit den sechsstelligen Jahresgehältern der GEZ-Intendanten zusammenhängt? RBB-Intendantin Patricia Schlesinger jedenfalls würde sich über eine Erhöhung ihres 261.000-Euro-Jahresgehalts sicherlich freuen.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist überholt und muss grundlegend reformiert werden. Die Rundfunkstaatsverträge sollten so schnell wie möglich in jedem Bundesland gekündigt werden. Auf diese Weise würden die Zwangsbeiträge entfallen, mit denen jene Bürger gegängelt werden, die das vermeintliche „Angebot“ von ARD und ZDF gar nicht wahrnehmen wollen oder können, weil sie entweder kein Interesse daran haben oder aber gar nicht über Fernseher oder Radio verfügen.

Die AfD-Fraktion hat als Einzige die richtige Lösung für solche Geldverschwendungen: den Rundfunkbeitrag in seiner bisherigen Form abschaffen und den Rundfunkstaatsvertrag kündigen. (Drs. 6/5817)

Andreas Kalbitz, Medienpolitischer Sprecher

AfD-FRAKTION TRAUERT UM IHREN VERSTORBENEN KOLLEGEN

Mit Trauer und Betroffenheit nehmen wir Abschied von unserem Freund und Kollegen Franz Josef Wiese, der für uns alle unerwartet am 30. Dezember 2021 verstorben ist. Wir sprechen seiner Lebensgefährtin und seinen Angehörigen unser herzliches Beileid aus.

Franz Wiese wurde am 1. Dezember 1952 in Deggendorf in Bayern geboren. Er arbeitete als Nachrichtentechniker und Unternehmer und lebte seit vielen Jahren im Landkreis Märkisch-Oderland in Brandenburg.

Franz Wiese war AfD-Mitglied der ersten Stunde und gründete 2013 den ersten Kreisverband in Brandenburg, dessen Vorsitzender er bis 2015 war. 2014 wurde er über die Landesliste erstmals Abgeordneter des brandenburgischen Landtags. 2019 wurde er mit dem Gewinn seines Wahlkreises erneut in den Landtag gewählt. Er war unser Sprecher für Infrastruktur- und Europapolitik.



Seit 2016 organisierte Franz Wiese den „Merkel-muss-weg-Mittwoch“ vor dem Kanzleramt in Berlin und damit den nach PEGIDA in Dresden ausdauerndsten Bürgerprotest gegen eine volksverneinende Regierungspolitik in Deutschland.

Nicht nur mit seiner Sprache war Franz Wiese

ein Bayer wie aus dem Bilderbuch. Er konnte beharrlich, aber auch eigenwillig und energisch seine Meinung vertreten, lief aber nie Gefahr, eine Auseinandersetzung zur Feindschaft werden zu lassen.

Franz Wiese war lebens- und welterfahren wie kaum ein anderer in unserer Fraktion und im ganzen Landtag, dennoch drängte er sich nicht in den Vordergrund. Er hatte Humor – nicht zufällig sieht man ihn auf vielen Fotos verschmitzt lächeln. Auch die langen Krankheitszeiten des vergangenen Jahres vergrämten ihn nicht.

Es tut weh, so plötzlich von ihm Abschied nehmen zu müssen. Dass wir ihn nicht vergessen werden, dafür hat Franz Wiese längst gesorgt.

*Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender*



LINKER EXTREMISMUS IN BRANDENBURG

Brennende Autos, eingeschlagene Fenster und körperliche Angriffe sind in Deutschland längst keine Seltenheit mehr. Linksextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft, ganz besonders in Brandenburg.

Wir zeigen Strukturen und Vernetzungen auf und weisen nach, welche linken Gruppen mit Steuergeldern ausgestattet werden. Wir beenden die Verharmlosung des linken Extremismus in Brandenburg.

**Kostenfrei zu beziehen über
presse@afd-fraktion.brandenburg.de**



AM FALSCHEN ORT – DAS PRESTIGEPROJEKT TESLA IN GRÜNHEIDE

Interview mit Kathi Muxel, Forstpolitische Sprecherin
und Mitglied der AG Tesla

Blauer Fritz: Auch wenn gegenwärtig Corona und die illegale Migration die Schlagzeilen bestimmen, ist für die Menschen in Oder-Spree alles, was mit der Ansiedlung von Tesla zusammenhängt, ein Dauerthema. Zuletzt kam heraus, dass die Firma die Garantiesumme noch immer nicht hinterlegt hat, um den Rückbau im Falle eines gescheiterten Genehmigungsverfahrens zu finanzieren. Wie bewerten Sie das Vorgehen der Landesregierung?

Kathi Muxel: Für die Landesregierung scheint die Tesla-Ansiedlung ein politisches Prestigeprojekt zu sein. Und vor diesem Hintergrund ist auch klar, warum kritische Fragen nicht wirklich zugelassen werden. Ein Scheitern von Tesla ist einfach nicht vorgesehen, „es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Eine Rolle spielt sicherlich auch die Angst der Verantwortlichen. Denn wenn Tesla scheitern sollte, wäre es ja nicht das erste Großprojekt, das in den märkischen Sand gesetzt würde.

Blauer Fritz: Die Anhörung der Kritiker im Genehmigungsverfahren musste wiederholt werden. Können Sie uns kurz die Haupteinwände gegen die Ansiedlung von Tesla in Grünheide erläutern?

Kathi Muxel: Dass es so viel Widerspruch zu Tesla gibt, zeigt zunächst einmal, wie umstritten das Ganze ist. Ein Haupteinwand ist, dass die Fabrik in einem Wasserschutzgebiet in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet Löcknitztal errichtet wird. Wir sind gar nicht generell gegen Industrieansiedlungen. Aber so etwas macht man eben nicht in einem Wasserschutzgebiet, wo jede

Havarie verheerende Folgen hätte. Die Auswahl von Grünheide ist unter Umweltaspekten einfach nur als Wahnsinn zu bezeichnen.

Blauer Fritz: Welche Haltung hat die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, welche Einwände hält sie für berechtigt und welche Möglichkeiten der Abhilfe sieht sie?

Kathi Muxel: Grundsätzlich bejahen wir eine infrastrukturelle Entwicklung in Brandenburg am richtigen Ort. Aber Grünheide-Freienbrink ist eben nicht der richtige Ort. Hier gibt es kaum Wohnraum, nur kleine, nicht ausgebaute Landesstraßen, denen jetzt eine gigantische Verkehrsmehrbelastung droht, und das Bahnnetz mit dem RE1 ist jetzt schon ausgelastet. Wir alle wissen, wie lange Infrastrukturmaßnahmen zur Abhilfe dauern. Und woher soll das Geld kommen? Die Kommunen sind damit überlastet! Für solch ein Großprojekt wäre die Lausitz sicher besser geeignet gewesen.

Blauer Fritz: Was hat die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg unternommen, um die Menschen vor Ort bei ihren Anliegen zu unterstützen? Welche Möglichkeiten hat sie, um die Landesregierung und die kommunalen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen?

Kathi Muxel: Wir haben den Protest unterstützt, indem wir beispielsweise Akteneinsicht gefordert haben, um die Aussagen vom Grünheider Bürgermeister Arne Christiani zu überprüfen. Und auch im Plenum des Brandenburger Landtags haben wir die Tesla-Problematik immer wieder angesprochen und die Einsetzung eines

Sonderausschusses gefordert (Drs. 7/3674). Wir begleiten die Bürger vor Ort weiter und bemühen uns vor allem um Faktenaufklärung! Die Bürger müssen wissen, was sie erwartet!

Blauer Fritz: Um abschließend einmal grundsätzlich zu werden: Die Landesregierung frönt wie alle deutschen Regierungsstellen einem Klimaextremismus, bei dem jegliche politische Entscheidung dem fragwürdigen Ziel, den angeblich menschengemachten Klimawandel zu beenden, untergeordnet wird. Die Umweltbelastung im Zusammenhang mit Tesla wird mit der notwendigen Elektromobilität begründet. Darf Klimaschutz auf Kosten des Umweltschutzes gehen?

Kathi Muxel: Klare Antwort, NEIN! Wir sehen die Tesla-Ansiedlung in Grünheide nicht deshalb kritisch, weil wir generell gegen Technik oder gegen Industrieanlagen sind. Aber es ist einfach nicht akzeptabel, dass mit dem Argument, „das Klima zu retten“, in einem Wasserschutzgebiet wie Grünheide-Freienbrink eine erhebliche Bodenversiegelung durchgeführt wurde. Zu diesem Zweck wurden bereits 90 Hektar Wald gerodet. Das Argument, es handelte sich bei diesem Wald lediglich um eine „minderwertige“ Holzplantage, ist übrigens zurückzuweisen. Denn im Vergleich zu neuen Erstaufforstungen, die nach dem Landeswaldgesetz als Ausgleichsmaßnahme für die Rodungen in Grünheide durchgeführt werden müssen, bieten selbst gleichaltrige Kiefernreinstände waldbaulich vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von strukturreichen Mischwäldern.



Quelle: Archiv

Bei der Umsetzung des Schallschutzes rund um den Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) versprochen die regierenden Parteien den Bürgern immer wieder das Blaue vom Himmel. In der Realität wurden Gutachter zu den Antragstellern geschickt, die dort teilweise mehr verhindern als ermöglichten. Nach den ablehnenden Bescheiden, zum Beispiel, weil die Wohnraumhöhe nicht dem Standard entsprach, trauten sich viele Bürger daher nicht mehr, nochmals einen Antrag zu stellen.

Dann versprach man den Bürgern von Blankenfelde-Mahlow ein Nachtflugverbot, was die Gemeinde dann gerichtlich einklagen musste. Aber auch jetzt handelt es sich nicht um ein generelles Nachtflugverbot, sondern um eine Nachtflugeinschränkung, die bis zu 76 Flüge in der Nacht zulässt. Keiner würde sich über ein Rettungsflugzeug aufregen, das nachts landen muss, weil es Notfallpatienten an Bord hat. Jeder hat sicherlich auch Verständnis dafür, dass bestimmte Versorgungsflüge notwendig sind. Nur hätte man diese dann in die Flugrouten legen müssen und nicht in regelmäßigen Abständen in der Nacht zulassen dürfen. Die Bürger in den Anrainergemeinden haben einen Anspruch auf Nachtruhe, dieser Anspruch wird aber mit Füßen getreten. Die Antworten der Landesregierung auf meine Kleinen Anfragen zu diesem Thema fielen ausweichend aus. (Drs. 7/4422, 7/4617, 7/4822)

Nach der BER-Eröffnung hat sich herausgestellt, dass sich die an- und abfliegenden Flugzeuge nicht an die Flugrouten halten und die Lärmbelastung in allen Anrainergemeinden extrem zugenommen hat, vor allem in Gebieten, die nicht als Schutzzonen ausgewiesen worden sind und die auch bis jetzt keinen Anspruch auf Schallschutz hatten. Es

lässt sich nicht mehr leugnen, dass die Umsetzung des Schallschutzprogrammes nicht funktioniert und es weit weniger bauliche Umsetzung gibt, als die Zahlen des BER belegen konnten. Weiterhin sind wesentlich mehr Gemeinden betroffen, als in den Sitzungen des sogenannten Sonderausschusses BER proklamiert wurden.

Zu dem Thema wurden in den letzten Jahren immer wieder Kleine Anfragen gestellt und von der Landesregierung als Mitgesellschafterin falsch oder vielmehr nur lapidar beantwortet. Vermutlich traf der Abgeordnete Helmut Barthel von der SPD den Nagel auf den Kopf, als er in einer Sitzung sagte, „der BER muss eine Erfolgsgeschichte werden“. Die AfD-Fraktion hat diesbezüglich einige Anträge (u.a. Drs. 7/332) gestellt, um den Schallschutz voranzutreiben. Diese wurden aber jedes Mal abgelehnt, weil sie von uns kamen. Dabei war die Umsetzung des Schallschutzes in der Region um den Flughafen eine Voraussetzung dafür, dass der BER überhaupt eröffnen konnte.

Wenn sich Bürger jetzt beschweren, dass der Lärmpegel zu hoch sei, dann versucht man sie mit den Worten zu beschwichtigen, der BER habe ja nach Inbetriebnahme noch fünf Jahre Zeit, den Schallschutz umzusetzen. Die Frage, die hierbei offenbleibt, ist, mit welchem Geld das passieren soll, wenn die Flughafengesellschaft weitere 2,4 Milliarden Euro von den Gesellschaftern verlangt. Dabei ist der Lärmschutz nur eine von vielen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Errichtung und der Inbetriebnahme des BER stellen. Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg arbeitet an der Aufklärung!

*Daniel Freiherr von Lützwitz,
Kommunalpolitischer Sprecher*

afd | FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

IMPRESSUM

Alternative für Deutschland
Fraktion im Landtag Brandenburg

📍 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
☎ 0331 966 1881
@ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg
t.me/afdfraktionBB
📷 afdfraktionbb
📺 AfD-Fraktion Brandenburg
🐦 AfD_FraktionBB
🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de



AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST – LANDESREGIERUNG IST RATLOS

Das Jahr 2021 war nicht nur das Jahr der Corona-Epidemie, es war auch das Jahr der Schweinepest-Epidemie. Diese rollt seit Jahren aus Osteuropa auf uns zu und verbreitet sich entlang der Wildschweinbestände und der Autobahnen. Für Menschen ist die Schweinepest ungefährlich, für Schweine nicht. Nun könnte man das Thema damit für erledigt erklären, aber leider bedroht die Afrikanische Schweinepest (ASP) die märkischen Schweinezüchter. Allein Berlin verzehrt im Jahr schätzungsweise drei Millionen Schweine, in Brandenburg dürften es ebenfalls anderthalb Millionen sein. Dafür produzieren wir in der Mark auch rund eine Million Schweine pro Jahr, fast durchweg in hoher Qualität.

Ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor also, dem durch die Bedeutung Brandenburgs als Grenzland Richtung Osteuropa eine weitere hinzukommt. Wir sind quasi der „Wellenbrecher“ für den Rest der Bundesrepublik. Eine große Aufgabe, der sich unsere Landesregierung leider nur eingeschränkt stellt. Gegen einwandernde Wildschweine hilft das Gleiche, das auch gegen illegale Einwanderer hilft: Zäune. Möglichst hoch, möglichst stabil und vor allem: lückenlos. Am besten entlang der Grenze, die immerhin 460,4 Kilometer von der Ostsee bis zur tschechischen Grenze misst.

Unsere Landesregierung hat sich immerhin dazu entschlossen, diese Grenze zu bezäunen. Sie hat, wie ihre Antworten auf meine Kleinen Anfragen belegen, dabei aber mehrere Fehler gemacht. Zum einen kam es erst zum Zaunbau, nachdem der erste ASP-Fall diesswärts der Grenze bekannt geworden war, und zum anderen ging der Zaunbau so langsam und schleppend voran, dass wir quasi der ASP „hinterherzäunen“. Dabei zäunen wir mitunter denselben Landstrich gleich zweimal ein, sodass die Ge-

samtlänge des Zauns mittlerweile 600 Kilometer deutlich überschreitet. Trotzdem finden sich immer wieder neue Fälle außerhalb des Zauns, die dann erneut umzäunt werden, obwohl die ASP längst in Bayern angekommen ist.

Für den Unbeteiligten wirkt das wie ein Schildbürgerstreich, aber für unsere Landwirte hat das schlimme Folgen. Wenn sich ihre Betriebe in einer ASP-Zone befinden, können sie ihre Erzeugnisse nur noch unter erheblichen Mehrkosten verkaufen. Mit diesen Mehrkosten lässt die Landesregierung die Landwirte aber bisher allein. Böse Zungen würden behaupten: Das ganze Geld ging ja schon für den Zaun drauf.

Wir wollen die ASP-Bekämpfung wieder vom Kopf auf die Füße

stellen. Eingezäunt würden dann in Zukunft die Autobahnen in Nord-Süd-Richtung, die es nämlich größtenteils schon sind. Dort müssten nur noch die Lücken geschlossen werden. Um die Schlachtung und die Verarbeitung der Schweine aus den betroffenen Gebieten zu gewährleisten, würden wir regionale Produktionskapazitäten aufbauen und damit auch die Kosten für die betroffenen Bauern reduzieren. Ganz nebenbei bauen wir so auch die Grundlage für regionale Wertschöpfungsketten und folgen damit unserem neuen Agrarmotto: Regional isst normal. Dann brauchen wir auch vor der nächsten ASP-Welle keine Angst zu haben. (Drs. 7/1990, 7/3201)

Lars Hünich,
Landwirtschaftspolitischer
Sprecher

